

Im Durchschnitt 7418 Franken im Monat

Autor(en): **Rickenbacher, Iwan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **97 (2000)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Im Durchschnitt 7418 Franken im Monat

«Ende Januar veröffentlichten fast alle Zeitungen der Schweiz die neueste Statistik über die Ausgaben der Haushalte. «Ein Haushalt in der Schweiz gibt pro Monat 7418 Franken aus», lautete die Kernaussage, und dass die Ausgaben für Versicherungen und Steuern immer mehr ins Gewicht fielen.

Ein Beamter des Bundesamtes für Statistik räumte bei der Veröffentlichung der Zahlen zwar ein, dass der Betrag selbst ihm hoch erschiene, aber schliesslich verdienten in einem Haushalt oft mehr als nur eine Person. Sollte dies etwa der Trost sein für alle jene, die von einem Einkommen leben müssen, das weit unter dem statistisch errechneten Mittel von 7418 Franken Monatsausgaben liegt?

Es ist noch kein Jahr her, dass Gewerkschafter Mindestlöhne von 3000 Franken für Verkaufsberufe forderten. Da würden zwei Einkommen nicht reichen, um die 7418 Franken Ausgaben ohne zunehmende Schulden bestreiten zu können. Was denken die vielen alleinerziehenden Personen, meist Mütter, bei der Lektüre der eidgenössischen Einkommens- und Verbrauchserhebung, die selbst mit den Alimenter des ehemaligen Ehepartners die veröffentlichten statistischen Werte nicht im Traum erreichen? Viele Rentnerinnen und Rentner müssen weit bescheidener leben, und von zusätzlichen Kapitaleinkünften, von denen im Kommentar zur statistischen Erhebung die Rede ist, können sie nur träumen. Auf Grund solcher Erhebungen werden unter anderem die Faktoren gewichtet, welche den Landesindex der Konsumentenpreise bestimmen. Weil die Statistiker ermittelt haben, dass die durchschnittlichen Ausgaben für Nahrungsmittel gesunken sind, werden

in Zukunft Teuerungen in diesem Bereich bei der Indexfestlegung weniger stark berücksichtigt. Am Teuerungsindex werden aber u.a. die Renten, zum Teil auch die Löhne der Kleinverdiener ausgerichtet, auch jener Menschen, die überdurchschnittlich viele Anteile ihres kargen Einkommens für teurer werdende Nahrungsmittel ausgeben müssen.

Die Veröffentlichung der Durchschnittswerte, ohne die Anteile jener Einwohnerinnen und Einwohner zu nennen, die beträchtlich über und unter den Mittelwerten liegen, vermittelt ein falsches Bild, auch Politikerinnen und Politikern gegenüber, welche für den notwendigen sozialen Ausgleich eintreten sollten. Die ins eidgenössische Parlament gewählten Politikerinnen und Politiker dürften sich nämlich in aller Regel einkommensmässig kaum unter dem statistischen Mittelwert bewegen und die Angst nicht kennen, die Güter des täglichen Bedarfs Ende Monat nicht mehr erstehen zu können. Sie werden auch nicht zusätzlich sensibilisiert, wenn das Bundesamt in Zukunft die Einkommens- und Verbrauchserhebung jährlich durchführen sollte

Die Veröffentlichung von Durchschnittswerten, ohne die Zahl jener Menschen zu nennen, die beträchtlich unter diesen Grössenordnungen leben müssen, deprimiert aber auch alle jene Frauen und Männer, die unter beträchtlichen persönlichen Opfern ihre Kinder gut ausbilden und ihren persönlichen Verpflichtungen stets nachkommen. Sie müssen sich als Mitglieder einer Randgruppe vorkommen, die statistisch gesehen bedeutungslos bleibt. Es ist nicht zuletzt in der Schweiz, in einem der sta-

tistisch gesehen reichsten Länder der Welt, eine Verpflichtung, das Empfinden für die Not in der nächsten Umgebung wach zu halten, damit zur materiellen Sorge vieler Menschen nicht noch das vermittelte Gefühl kommt, «unterdurch-

schnittliche» Versager zu sein. Mit Durchschnittswerten allein wird kein soziales Bewusstsein geschaffen.»

*Iwan Rickenbacher, Kommunikationsberater
Die Kolumne erschien erstmals in
der «Berner Zeitung».*

Familie Schweizer im Spiegel der Statistik

5096 Franken Bruttolohn, 7418 Franken Haushaltsausgaben

Statistische Durchschnittszahlen sagen wenig aus über die Situation jener, deren Werte am Rande liegen, wie die Kolumne von Iwan Rickenbacher zeigt. Andererseits zeigen Statistiken Tendenzen auf. Dazu einige Zahlen aus dem Bundesamt für Statistik:

Die durchschnittlichen Ausgaben eines Haushaltes betragen 1998 laut Bundesamt für Statistik 7418 Franken pro Monat. Zwischen 1990 und 1998 betrug die Steigerung 19,3 Prozent, knapp ein Prozent mehr als die Teuerung.

Die *Konsumausgaben* pro Monat beliefen sich auf 4670 Franken. Diese Kategorie umfasst den Erwerb von Waren und Dienstleistungen und ist in den 90-er Jahren unterdurchschnittlich um nur 8,7 Prozent gewachsen. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben betrug 1998 noch 63 Prozent.

Überdurchschnittlich, um plus 43 Prozent, sind in der Beobachtungsperiode die *Transferausgaben* (Steuern, Versicherungen, Beiträge) angestiegen. 1990 gab ein Haushalt noch 1923 Franken pro Monat für diesen Bereich aus, 1998 waren es bereits 2748 Franken (13,3 Prozent). Gestiegen sind insbesondere die Krankenkassenprämien, die Beiträge an die Arbeitslosenversicherung, die direkten Steuern und Gebühren sowie die Ausgaben für Lebensversicherungen (vor allem Säule 3a). Die Wachstumsraten für AHV/IV/EO und für

Pensionskassen entwickelten sich parallel zu den Gesamtausgaben. Ihr Anteil betrug unverändert rund 8 Prozent.

Am meisten gab die Schweizer Durchschnittsfamilie fürs Wohnen aus (17,9%), gefolgt von den Posten Nahrungsmittel und Getränke (9,7%), Unterhaltung, Erholung und Kultur (7,2%), Verkehr (6,9%).

Der monatliche *Bruttolohn* lag 1998 bei 5096 Franken. Die Monatslöhne der Frauen lagen mit 4291 Franken um einen Fünftel unter denjenigen der männlichen Beschäftigten, die einen Bruttolohn von 5466 Franken auswiesen. Die Löhne wuchsen zwischen 1996 und 1998 um 2,2 Prozent, das Bruttoinlandprodukt um 3,5 Prozent. Der geringe Lohnzuwachs dämpfte den Konsum. Der Bruttolohn im Gastgewerbe lag mit 3382 Franken monatlich um mehr als 3400 Franken unter dem Betrag im Kreditgewerbe. Weniger als 4000 Franken verzeichneten unter anderem auch die Bereiche Bekleidungsindustrie, Lederwaren und Detailhandel (3933 Franken). Teilzeitarbeit beeinflusste diese Zahlen nicht; es handelt sich um Durchschnittswerte für standardisierte Monatslöhne bei 40 Wochenarbeitsstunden. Im Vergleich zur letzten Erhebung wurden die Lohnunterschiede zwischen den Branchen grösser: Die hohen Löhne stiegen deutlich, die tiefen sanken.

BFS/cab